



Eine Primarschülerin übt sich in französischen Vokabeln: Im Thurgau und in Nidwalden soll dies bald Vergangenheit sein.

NZZ am Sonntag, 31.8.2014

Französisch: Dispens erleichtern

Erziehungsdirektoren-Chef will einheitliche Regeln zur Befreiung vom Sprachunterricht

Der oberste Bildungsdirektor, Christoph Eymann, schlägt nationale Dispensregeln vor. Zur Diskussion stellt er auch die Abschaffung von Noten.

René Donzé

Der Präsident der Erziehungsdirektoren (EDK), Christoph Eymann, steht vor einer schwierigen Aufgabe. Der Basler Bildungsdirektor muss die Kantone in Sachen Fremdsprachen an der Primarschule auf eine Linie bringen, sonst droht eine Intervention des Bundes. «Wenn der Bund eingreift, verlieren die Kantone ihre Autonomie vollständig in dieser Frage», sagt er.

Ausgeschert aus dem bisherigen Schema von zwei Fremdsprachen in der Primarschule (die eine ab der 3., die andere ab der 5. Klasse) sind kürzlich das Thurgauer Parlament und die Nidwaldner Regierung. Auch in Luzern und Graubünden sind solche Vorstösse hängig. Um die Kritiker

zu beruhigen, zieht Eymann verschiedene Lösungsansätze in Erwägung. Im Zentrum steht die Entlastung überforderter Schüler.

Eymann will mit seinen Amtskollegen aus den anderen Kantonen über einheitliche Regeln zur Lernzielbefreiung diskutieren: «Es würde eine nationale Koordination brauchen und möglicherweise eine Vereinfachung der Dispensationskriterien», sagt er. «Damit erhielten die Lehrer die Möglichkeit, ihre Schüler einfacher vom Frühfranzösisch zu dispensieren, wenn es Grund dazu gibt.» Das würde den Lehrern und den schwachen Schülern helfen, ohne dass gleich alle auf Französisch verzichten müssen.

Noten abschaffen

Aus Sicht der Lehrer wären solche nationale Dispensations-Leitlinien begrüssenswert, sagt Beat Zemp, Präsident des Schweizer Lehrerverbandes LCH. «Es müssten Verfahrensstandards ausgearbeitet werden, wie es sie bei

spielsweise im Bereich der Sonderpädagogik schon gibt», sagt Zemp. Die Meinungen darüber, wie hoch der Anteil der überforderten Primarschüler ist, gehen weit auseinander. Die einen sprechen von Einzelfällen, die anderen von der Mehrheit. «Die Wahrheit dürfte irgendwo in der Mitte sein», sagt Zemp.

Mitverantwortlich dafür ist laut Zemp auch die Notengebung. «Wenn man Noten im klassischen Sinn setzt, dann ist der Anteil überforderter Primarschüler sicher höher als bei einem spielerischen Zugang zu Französisch ohne Notendruck mit Schwerpunkt auf das Hörverständnis und das Sprechen», sagt er. Noten waren im ursprünglichen Sprachenkonzept der EDK gar nicht vorgesehen. Sie wurden dann aber schleichend eingeführt.

Der Schaffhauser Erziehungsdirektor Christian Amsler will das in der EDK zur Diskussion stellen. «Der Verzicht auf Noten würde Druck von den Schülern neh-

men», sagt der Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz. Auch für diesen Vorschlag sei man offen, sagt Eymann. Er geht davon aus, dass sich in diesen Fragen noch «einiges bewegt».

Kantone bleiben hart

An der Position des Thurgaus dürfte das nichts ändern, sagt Bildungsdirektorin Monika Knill. Sie hatte vergeblich versucht, das Kantonsparlament von einem Entscheid gegen das Frühfranzösisch abzubringen. Vorgeschlagen hatte sie auch eine Abwahlmöglichkeit der Fremdsprache. Das Parlament setzte auf die harte Linie. «Den Entscheid gilt es zu akzeptieren», sagt Knill.

Auch an der Haltung der Nidwaldner Regierung gibt es nichts zu rütteln. Ein einfacherer Dispens wäre sogar kontraproduktiv, sagt Bildungsdirektor Res Schmid. «Das führt zu beliebigen Entscheiden.» In Nidwalden soll an der Oberstufe nur noch in sel-

tenen Fällen eine Dispensation möglich sein. «Auch Schüler, die nicht gerne ins Französisch gehen oder Mühe haben, sollen den Unterricht besuchen müssen.»

Im September wird der Vorstand der EDK über mögliche Lösungsansätze diskutieren. Im Oktober kommt es zur Aussprache sämtlicher Erziehungsdirektoren im Beisein von Bundesrat Alain Berset. Der Sprachenminister hatte bereits angekündigt, dass er eine Streichung des Frühfranzösisch nicht tolerieren werde.

Druck auf die Kantone baut auch die Bildungskommission des Nationalrates auf. Dort wird eine Änderung des Sprachengesetzes diskutiert, wonach zwingend eine zweite Landessprache in der Primarschule unterrichtet werden muss. Entscheidend in der Sprachenfrage wird das nächste Jahr sein. Dann muss die EDK Rechenschaft über die Bildungsharmonisierung ablegen und der Bund über ein allfälliges Eingreifen befinden.

Austausch

Lehrer statt Schüler

Wie gut und wie gern Schüler Französisch lernen, hängt zu einem grossen Teil von der Sprachkompetenz der Lehrer ab. Der Schulleiterverband (VSLCH) schlägt darum vor, einen Lehreraustausch zu etablieren. Davon würden die Schüler ganz direkt profitieren, erklärt VSLCH-Präsident Bernard Gertsch. «Ein muttersprachlicher Lehrer, auch wenn er die Klasse nur ein paar Tage unterrichtet, kann einen entscheidenden Effekt auf die Sprach-Motivation der Schüler haben.» Das Abenteuer, einmal jenseits des Röstigrabens zu unterrichten, motiviere aber auch die Lehrer und fördere deren Unterrichtskompetenz.

Die Schulleiter ziehen den Lehreraustausch dem Schüleraustausch, wie er momentan diskutiert wird, vor. Im Kanton Nidwalden etwa will die Regierung anstelle des Frühfranzösisch einen Sprachaustausch auf Oberstufe zur Pflicht erklären. «Die Idee ist zwar gut, aber kaum umsetzbar», sagt Gertsch. Denn genügend geeignete Gastfamilien für einen Austausch ganzer Klassen für vier Wochen zu finden, sei schwierig. Und da die Sprachregionen unterschiedlich gross seien, funktioniere ein gesamtschweizerischer Schüleraustausch schon rein rechnerisch nicht.

Die Schulleiter sind entschieden gegen die Abschaffung des Frühfranzösisch. «Wir sind für die Beibehaltung von insgesamt fünf Jahren Französisch-Unterricht in der obligatorischen Schulzeit», sagt Gertsch. Mit anderen Worten muss der Unterricht nach Ansicht der Schulleiter bereits in der Primarschule beginnen.

Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) arbeitet bereits seit über zehn Jahren an einem Programm, das mehr Lehrer zum Schritt über die Sprachgrenze animieren soll. Im April ist die EDK nun in die Gänge gekommen und hat ein Konzept verabschiedet. Beteiligt ist auch der Bund. Diese Woche hat ausserdem die nationalrätliche Bildungskommission ein Postulat eingereicht, das vom Bundesrat fordert, ein Konzept für einen Lehreraustausch vorzulegen.

Katharina Bracher